



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Ministerpräsident Dr. Markus Söders bevorstehende Reise nach China: Maß und Mitte statt kritikloser Applaus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den aktuellen politischen Konsultationen Bayerns zu China eine zentrale Rolle spielen muss.

Der Landtag stellt fest,

- dass sich die Menschenrechtslage in China seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 drastisch verschlechtert und die kommunistische Partei die illegale Massenüberwachung und -kontrolle der Bürgerschaft ausgeweitet hat,
- dass China die Uiguren und andere ethnische Minderheiten sowie Menschenrechtsverteidiger, politisch engagierte Bürger, religiöse Gruppen, Journalisten und Demonstranten, die sich gegen Fälle von Ungerechtigkeit wenden, systematisch verfolgt und alle oppositionellen Stimmen immer stärker unterdrückt,
- dass die Volksrepublik China in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche Gruppen zerschlagen und zahlreiche unabhängige Aktivisten inhaftiert hat,
- dass die staatlichen Stellen Chinas in den letzten Jahren die Zensur auch im Internet verschärft und eines der repressivsten Überwachungssysteme der Welt errichtet haben,
- dass Chinas Spionage, Cyberangriffe und tätliche Übergriffe bis hin zu im Ausland eingerichteten Polizeistationen in der EU reichen,
- dass China mehrfach angekündigt hat, seinen internationalen Einflussrahmen in imperialistischer Weise auszudehnen,
- dass Chinas Spionage- und Einflussagenda in Deutschland und Bayern laut Bayerischem Verfassungsschutz „neben wirtschafts- und infrastruktureller Ziele zunehmend auch die Beschaffung kritischer politischer Informationen sowie die Beeinflussung von politischen Entscheidungen umfasst“,

Der Landtag fordert Ministerpräsident Dr. Markus Söder daher dazu auf, die obigen Gesichtspunkte bei seiner politischen Reise in das kommunistische China zu berücksichtigen und im geeigneten Rahmen zur Sprache zu bringen.

Begründung:

Die China-Strategien der Bundesregierung sowie der Europäischen Union haben deutlich gemacht, dass eine Veränderung des politischen Umgangs mit China erforderlich ist. China nutzt sein wachsendes politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht, um auf allen Kontinenten und in internationalen Organisationen seine Interessen zu

verfolgen und die bestehende regelbasierte internationale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verändern. Verhalten und Entscheidungen Chinas führen dazu, dass Rivalität und Wettbewerb mit China in den vergangenen Jahren zugenommen haben, während das Prinzip der Partnerschaft vermehrt auf die Probe gestellt wird.